

Bismarck und das Elsass im Jahre 1866

Von

Hans Fenske

In einer 1964 in der Historischen Zeitschrift veröffentlichten längeren Abhandlung sagte der damals in Saarbrücken lehrende Historiker Walter Lipgens, die deutsche Öffentlichkeit sei in der Julikrise 1870 und in den ersten Wochen des deutsch-französischen Krieges an einem Erwerb von Elsass und Lothringen ganz und gar nicht interessiert gewesen und habe erst durch eine von Bismarck inszenierte Pressekampagne dafür gewonnen werden müssen. Diese Behauptung löste lebhaften Widerspruch aus¹. Dabei wurde ein breites Beweismaterial dafür zusammengetragen, dass die Einstellung der Deutschen zum Elsass und zu dem Teil Lothringens, der eine deutschsprachige Bevölkerung hatte, seit langem sehr wohl emotional bestimmt war und dass die Forderung nach Rückgliederung dieser Landschaften nach Deutschland mithin eine selbstverständliche Reaktion bei jeder Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich war, so 1840 und 1859. Dass die Friedensverträge mit Frankreich 1814 und 1815 die französische Ostgrenze nur geringfügig verändert hatten, wurde vielfach bedauert. Bismarck brauchte 1870 hinsichtlich des Elsass wahrlich nicht nachzuhelfen.

Auch Bismarck war nicht frei von einem sentimentaligen Bezug auf das Elsass, aber er war als nüchtern wägender Politiker nicht geneigt, derlei Stimmungen nachzugeben. Er wusste sehr wohl, dass die Rücknahme jenes Landes auf die Dauer nur einen neuen Krieg zur Folge haben und es dann schlimm werden könnte, wie er im Oktober 1868 seinem Freund aus Studententagen Alexander Graf Keyserling sagte. Gleichwohl entschloss er sich 1870 zu diesem Schritt.

1 Walter LIPGENS, Bismarck, die öffentliche Meinung und die Annexion von Elsaß und Lothringen 1870, in: HZ 199 (1964) S. 31–112; Widerspruch bei Lothar GALL, Zur Frage der Annexion von Elsaß und Lothringen 1870, in: HZ 206 (1968) S. 265–326; Josef BECKER, Bismarck, Baden und die Annexion von Elsaß und Lothringen, in: ZGO 115 (1967) S. 167–204; Eberhard KOLB, Bismarck und das Aufkommen der Annexionsforderung 1870, in: HZ 209 (1969) S. 318–356; Hans FENSKE, Das Elsaß in der deutschen öffentlichen Meinung von 1820–1966, in: ZGO 119 (1971) S. 233–280 und in: Hans Fenske, Preußentum und Liberalismus. Aufsätze zur preußischen und deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, hg. von Hermann Joseph HIERY, Dettelbach 2002, S. 57–100.

Was ihn dazu bewegte, hat Eberhard Kolb überzeugend dargelegt². Bereits im Jahre 1866 nannte Bismarck innerhalb von drei Monaten das Elsass zweimal ein mögliches Kriegsziel, im Mai und im August. Das wurde in der bisherigen Literatur wohl gelegentlich erwähnt, aber nicht eingehend erörtert.

Seit Februar 1866 spitzte sich das Verhältnis zwischen Preußen und der Habsburgermonarchie wegen der unterschiedlichen Auffassungen über die Zukunft Schleswig-Holsteins, über das die beiden Großmächte seit dem Krieg mit Dänemark ein Kondominium ausübten, und wegen der Bundesreform kritisch zu. Am 21. Februar beschloss ein Kronrat in Wien Vorbereitungen für einen Krieg, eine Woche später fiel in Berlin die entsprechende Entscheidung. Dabei sagte Bismarck, Preußen dürfe vor Österreich nicht zurückweichen und müsse gegebenenfalls den Krieg annehmen. Eine Möglichkeit, ihn zu vermeiden, sah er in einer Allianz mit Italien. Den Ernst eines solchen Schrittes werde Österreich nicht verkennen und deshalb vielleicht zu neuen Verhandlungen über die deutsche Frage bereit sein. Am 8. April wurde ein für drei Monate geltender preußisch-italienischer Geheimvertrag abgeschlossen, in dem Italien zusagte, ebenfalls die Waffen gegen Österreich zu ergreifen, falls Preußen mit der Donaumonarchie Krieg führen musste. Bald darauf begannen italienische Kriegsvorbereitungen, die natürlich in Wien zur Kenntnis genommen wurden. Angesichts der angespannten Lage entwickelte der aus Jena stammende General Ludwig von Gablenz, Statthalter Österreichs in Holstein, zusammen mit seinem Bruder Anton, Gutsbesitzer in Schlesien und linksliberales Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, einen Plan zum Abbau der Spannungen. Die Verhandlungen darüber in Wien und Berlin führte seit dem 23. April Anton von Gablenz, allerdings ohne in Wien den gewünschten Erfolg zu haben. Kaiser Franz Joseph hielt eine Verständigung für unmöglich, weil das die *Abdizierung unserer Großmachtstellung* bedeute, und sah dem Krieg mit Gottvertrauen entgegen³. Im Verlauf der Mission Gablenz brachte Bismarck auch das Elsass ins Gespräch. Welche Hoffnungen er an die Aktion knüpfte, ist nicht eindeutig zu sagen. Gemeinhin wird angenommen, dass er ein in seinen Augen vertretbares Ergebnis der Besprechungen nicht erwartete. Er habe der Aktion zugestimmt, entweder um den diplomatischen Zügen Napoleons III. zu begegnen oder aber, um den immer noch zögernden König von der Unausweichlichkeit des Krieges mit Österreich zu überzeugen. Die Verhandlungen seien zudem geeignet gewesen, die Donaumonarchie *vor dem dritten Deutschland zu kompromittieren*⁴. Die

2 Eberhard KOLB, *Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71*, München 1989, S. 113–193. Die Bemerkung zu Graf Keyserling in: OTTO VON BISMARCK, *Gesammelte Werke*, Bd. 7, Berlin 1924, S. 264.

3 Franz Joseph I. an seine Mutter, 3. Juni 1866, in: *Briefe Kaiser Franz Josephs I. an seine Mutter 1838–1872*, hg. von Franz SCHNÜRER, München 1930, S. 352.

4 Diesen Eindruck gewann der österreichische Gesandte in Dresden Freiherr von Werner bei einem Gespräch mit dem sächsischen Gesandten in Berlin Karl Adolf Graf von Hohenthal am 14. Mai 1866, Telegramm Werners vom 15. Mai 1866 nach Wien, in: *Quellen zur deutschen Politik Öster-*

Stimmen, die entgegen dieser Auffassung der Mission Gablenz größere Bedeutung beimessen, sind durchaus in der Minderheit.

Bismarck hat sich zu seinen Motiven und Zielen bei der Mission Gablenz erst mit einigem zeitlichen Abstand geäußert, 1869 zum sächsischen Außenminister Richard Freiherr von Friesen, 1874 zu dem freikonservativen Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags Robert Lucius Freiherr von Ballhausen, 1877 zu dem badischen Finanzminister und Mitglied des Bundesrates Moritz Ellstätter, 1880 zu seinem Hausarzt Cohen und 1883 zu dem Publizisten Moritz Busch, der 1870 bis 1871 Pressereferent des Auswärtigen Amtes gewesen war und dabei engen Kontakt mit Bismarck gehabt hatte. Schließlich gab er 1890 dem österreichischen Historiker Heinrich Friedjung ein ausführliches Interview⁵. Er ging jedes Mal auf den Vorgang breit ein, gab den äußeren Ablauf ohne größere Abweichungen wieder und legte ersichtlichen Wert darauf, dass seine Mitteilungen tradiert würden. Er sprach für die Nachwelt. Moritz Busch antwortete er auf die Frage, ob er von dem Gehörten publizistisch Gebrauch machen dürfe, deshalb habe er es ihm ja erzählt. In der Motivation finden sich allerdings beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Berichten. Friesen erklärte er, er habe den Krieg mit Rücksicht auf die Stimmung des Königs ganz zu vermeiden gesucht oder, wenn das nicht zu erreichen war, wenigstens einen klaren Beweis dafür in Händen haben wollen, dass die Wahrung des Friedens unmöglich sei. Gegenüber Busch betonte er vierzehn Jahre später nachdrücklich, dass es sich um einen letzten Versuch zur dualistischen Lösung der deutschen Frage gehandelt habe.

Den Gedanken an den Erwerb von Elsass und Lothringen begründete er damit, er habe diese beiden Provinzen den Deutschen als *Morgengabe* dar bieten wollen, damit *sie sich unseren Dualismus* weiterhin gefallen ließen⁶. Zu Friedjung sagte er, ein verantwortungsbewusster Staatsmann werde sich scheuen, einen Krieg zu beginnen, bevor alle anderen Mittel versucht seien. Er habe im Mai 1866 vorgeschlagen, *daß wir, schlagfertig wie wir waren, uns gemeinsam gegen Frankreich wenden sollten, in der Absicht, es zur Herausgabe des Elsaß zu zwingen*. In der Festung Straßburg sollte dann Österreich die Truppen stellen, in Mainz Preußen. Auch betonte er den Gedanken der Morgengabe⁷.

reichs 1859–1866, Bd. 5, I, hg. von Heinrich Ritter von SRBIK, Oldenburg 1938, Nr. 2716, S. 679; Zur Mission Gablenz: Otto BECKER, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hg. und ergänzt von Alexander SCHARFF, Heidelberg 1958, S. 121–126 und S. 138–141, ferner: Chester W. CLARK, Franz Joseph und Bismarck. The Diplomacy of Austria before the War of 1866, Cambridge 1934, S. 424–428.

5 Zu Ellstätter: Willy ANDREAS, Gespräche mit dem badischen Finanzminister Moritz Ellstätter, in: ZGO 82 (1929) S. 440–451; zu Friesen: BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 7 (wie Anm. 2) S. 282, 18. Februar 1869; im engeren Bekanntenkreis nach den Aufzeichnungen Lucius von Ballhausens, ebd., Bd. 8, S. 99, 16. Januar 1874; zu Cohen: ebd., S. 385, 9. November 1880; zu Busch: ebd., S. 465 f., 28. Januar 1883; zu Friedjung: ebd., Bd. 9, S. 47 ff., 13. Juni 1890.

6 So zu Busch am 28. Januar 1883 (wie Anm. 5).

7 Heinrich FRIEDJUNG, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866, Anhang zu Bd. II, Stuttgart/Berlin 1905, S. 563–568. In der Darstellung behandelte Friedjung das Gespräch in Bd. I, 1904, S. 301–309. Die Erstausgabe des Werks erschien 1897.

Der Hinweis auf Elsass und Lothringen findet sich nur in den Äußerungen Bismarcks nach 1880, bei Cohen, Busch und Friedjung. Heinrich von Sybel, der in seiner mehrbändigen 1889/94 publizierten ‚Begründung des Deutschen Reiches‘ die Mission Gablenz als erster breiter behandelt hat, erwähnt Bismarcks Verweis auf das Elsass im Mai nicht, während er diesen Punkt bei Bismarcks Unterredung mit dem französischen Botschafter Benedetti am 5. August deutlich hervorhebt. Nur Chester W. Clark hat in seiner Studie über die österreichische Außenpolitik vor 1866 der Frage einige Aufmerksamkeit gewidmet, welche Rolle das Elsass bei Bismarcks Überlegungen im Mai gespielt haben könnte. Dass es sich um eine spätere Interpolation Bismarcks handelt, nimmt er nicht an. Die Quellen aus dem Jahre 1866 enthalten indessen keinerlei Hinweis darauf, dass Gablenz bei seinen Gesprächen in Wien auch über das Elsass gesprochen hätte, auch die privaten Notizen nicht. Er durfte hier nur von einer süßen und sicheren Revanche für Villafranca reden, wo im Juli 1859 der Vorfriede zwischen dem Kaiser und Napoleon III. geschlossen worden war⁸. Der zeitlich am nächsten stehende Beleg findet sich in der Unterredung mit Benedetti. Bismarck wies den Botschafter darauf hin, dass ein Beharren auf den französischen Kompensationsforderungen Krieg bedeuten könne. Dieser Krieg werde Frankreich das Elsass kosten. Um dem noch Nachdruck zu verleihen, fügte er an, es handle sich dabei nicht um einen neuen Gedanken. *Unmittelbar vor dem Kriege haben wir darüber verhandelt*⁹. Im Dezember 1866 äußerte Bismarck zum neuen österreichischen Botschafter in Berlin Graf Wimpffen: *Ich wünschte, wir hätten den Hirsch zusammen geschossen*. Er habe an diese Möglichkeit sowohl im April, *besonders aber in der letzten Stunde, als er den Baron Gablenz nach Wien sandte*, geglaubt. Dieser Augenblick erschien ihm als der geeignetste, *um sich die Hand zu reichen und mit den fertigen Rüstungen nach einer anderen Seite Front zu machen*. Viel Wert maß Wimpffen dieser Äußerung nicht zu. Sie schien ihm mehr der Höflichkeit halber gemacht¹⁰.

Vermutlich verhielt es sich anders. Aus mancherlei Äußerungen in Paris wusste man in Berlin, dass Frankreich daran dachte, seine Ostgrenze zu seinen Gunsten zu verändern, und dass es für eine Stärkung der preußischen Machtstellung Kompensationen erwartete. Sehr deutlich machte das der französische Außenminister Drouyn de Lhuys, als er dem preußischen Gesandten Robert Graf von der Goltz am 29. April sagte, wenn andere sich vergrößerten, müsse

8 Anton von Gablenz an König Wilhelm I., Wien 25. Mai 1866, zit. bei CLARK, Franz Joseph (wie Anm. 4) S. 420, Anm. 163.

9 BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 7 (wie Anm. 2) S. 148 ohne den zitierten Satz. Diese Anfügung bei Heinrich von SYBEL, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsakten, dritte Auflage der Volksausgabe, Bd. 5, ND Berlin 2019, S. 269 ‚nach Bismarckschen Aufzeichnungen und Depeschen jener Tage‘.

10 Wimpffen an Beust, 6. Dezember 1866, in: Die Auswärtige Politik Preußens, 1858–1871, Diplomatische Aktenstücke, hg. von der Historischen Reichskommission, 10 Bde., Oldenburg 1933–1941, hier Bd. 8, S. 190.

Frankreich das auch tun. Am Tage darauf zog Napoleon III. Goltz bei einem Hofball ins Gespräch und antwortete auf dessen Frage nach der Art der Kompensation, man müsse in Berlin doch wissen, dass die Augen des ganzen Landes auf den Rhein gerichtet seien¹¹. Die Abtretung deutschen Landes, die seines Erachtens Österreich Frankreich schon zugesagt hatte hielt Goltz für völlig unmöglich. Er riet nach Berlin, mit Frankreich in Erörterungen über die Kompensationen einzutreten, sie aber möglichst langsam zu führen. Für Verhandlungen mit Österreich sei dagegen große Beschleunigung nötig. Ehe die französisch-österreichischen *Verhandlungen beendigt sind, müssen wir uns mit Österreich verständigen oder ihm einen entscheidenden Schlag versetzen. Im letzteren Falle können und müssen wir es wagen, dem Kaiser Napoleon jeden Fußbreit deutschen Landes abzuschlagen*¹². Bismarck erhielt Goltz' Berichte vom 1. und 2. Mai am 3. Mai, als die erste Phase seiner Besprechungen mit Gablenz schon abgeschlossen war. So können sie nicht auf sein erstes Gespräch mit Gablenz eingewirkt haben.

Gablenz war in der letzten Aprilwoche erstmals in Wien gewesen und hatte dort seine Vorstellungen über den Ausgleich in der schleswig-holsteinischen Frage vorgetragen. Sie liefen darauf hinaus, Schleswig-Holstein zu einer preußischen Sekundogenitur zu machen, Österreich für den Krieg mit Dänemark eine Entschädigung von 20 Millionen Talern und von weiteren 10 Millionen für die Abtretung seiner Mitbesitzrechte am Kieler Hafen zu verschaffen, Preußen das ausschließliche Besatzungsrecht in Rendsburg, Österreich in Rastatt zu geben und das Bundesheer in einen nördlichen Teil unter preußischer und einen südlichen Teil unter österreichischer Führung zu gliedern¹³. Diese Gedanken trug er Bismarck am 30. April erstmals vor. Sie entsprachen im Wesentlichen früher entwickelten preußischen Vorstellungen, wenn sie für Schleswig-Holstein auch nicht die Lösung vorsahen, die Bismarck als letztes Ziel anstrebte, die Annexion.

11 Goltz an Bismarck, 1. Mai 1866, in: Hermann ONCKEN, Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71. Nach den Staatsakten von Österreich, Preußen und den süddeutschen Mittelstaaten, Bd. 1, Stuttgart 1926, S. 145 ff. Gleichzeitig erzählte der italienische Militärattaché Oberst Graf Vimercati seinem deutschen Kollegen Loë, Frankreich würde Preußen zur Seite stehen, sobald die gewünschten Kompensationen am Rhein sichergestellt seien. Man wisse in Paris sehr wohl, dass Goltz sich eher die rechte Hand abhauen lassen als ein deutsches Dorf opfern werde. Es liege deshalb nicht in Frankreichs Interesse, mit Goltz darüber zu verhandeln. Der Kaiser verlange ohnehin keinen Vertrag, *sondern nur zwei Zeilen des Königs. Um diese zu erreichen, sei eine gewandte und patriotische Persönlichkeit erforderlich, die zugleich das Vertrauen des Königs und des Kaisers und den Mut besäße, die ganze Sache auf die eigenen Schultern zu nehmen. General Fleury habe geraten, sich an mich zu wenden.* Walter Freiherr von LOË, Erinnerungen aus meinem Berufsleben, Berlin 1906, S. 86 f. Goltz berichtete darüber mehrfach und sandte am 10. Mai eine Mitteilung darüber nach Berlin. Bismarck quittierte diese Nachrichten ärgerlich. Er notierte am Rande ‚Phantasien‘ und ‚Vimercati ist als Schwindler bekannt‘, ONCKEN, ebd., Bd. 1, S. 184 und S. 193.

12 Goltz an Bismarck, 2. Mai 1866, in: ONCKEN, Rheinpolitik (wie Anm. 11) Bd. 1, S. 152.

13 Zur Entwicklung der Ausgleichsvorschläge siehe SRBIK, Quellen (wie Anm. 4) Bd. 5, Nr. 2579, 2611, 2705, 2763, 2764, 2805.

Immerhin waren sie günstiger für Preußen als für Österreich. Es wäre unklug gewesen, darauf nicht einzugehen und es geradewegs auf einen Krieg ankommen zu lassen. Ließ sich die bewaffnete Auseinandersetzung vermeiden, so war zugleich die Gefahr beseitigt, dass Österreich auf der Suche nach Bundesgenossen Frankreich weitgehende Anerbietungen machte. Das zu verhindern war in der ersten Phase der Mission Gablenz Bismarcks Hauptziel. Am 5. Mai traf Gablenz wieder in Wien ein. Bismarck hatte seine Vorschläge nur geringfügig modifiziert. Zwei Tage später schrieb er an Karl von Werther, den preußischen Gesandten in Wien, er beabsichtige nicht, den Weg zu einer vertraulichen Verständigung abzuschneiden. Er wünsche, dass man in Wien aus Werthers Besprechung der Angelegenheit denselben Eindruck gewinne; *wenn alsdann diese Gedanken dort von besonnenen Persönlichkeiten wie Graf Mensdorff und Graf Moritz Esterházy ernstlich aufgenommen werden* – der Erstgenannte war Außenminister, der andere Minister ohne Geschäftsbereich und Vertrauter des Kaisers *und es, ihnen gelingen sollte, die fanatischen und nach Krieg begehrenden Einflüsse bei Seiner Majestät dem Kaiser zu überwinden, so dürfte es vielleicht noch nicht zu spät sein, in dieser Richtung einen Versuch der Verständigung zu machen, zu dem sich, wenn es denn eben wirklich ernst ist in Wien, die einleitenden Wege dort wohl finden werden.* Zugleich erhielt Werther den Auftrag, vorsichtig zu sondieren, ob und in welchen Kreisen in Wien die Tendenz vorhanden sei, *Oesterreichs Beziehungen zum deutschen Volke dem Hasse gegen Preußen definitiv zu opfern*, also, wie Bismarck meinte, den Vergrößerungsabsichten Frankreichs allzu sehr entgegenzukommen. Er glaubte zwar, es würde Preußen leicht fallen, die fessellose Entfaltung des deutschen Nationalgefühls gegen Österreich aufzurufen, falls Wien, wie er aus Andeutungen von glaubwürdiger Seite wusste, die Hilfe Frankreichs auf Kosten Deutschlands und unter Befriedigung der französischen Eroberungsgelüste erkaufen wollte, aber das musste die Situation erheblich komplizieren, und so war es besser, es gar nicht erst dahin kommen zu lassen¹⁴.

Am 8. Mai berichtete Goltz, Napoleon habe alle Kompensationsforderungen aufgegeben; er habe sie eine Woche zuvor nur unter dem Eindruck der akuten Kriegsgefahr ausgesprochen und damit eigentlich nur darauf hinweisen wollen, wohin die Wünsche in Frankreich gingen. Er selbst wisse, dass Vergrößerungen auch ihre Kehrseite hätten, und so denke er denn jetzt daran, die brennenden europäischen Fragen, die venetianische, die schleswig-holsteinische und die deutsche, von einem Kongress lösen zu lassen. Dabei solle Preußen die Hegemonie in Norddeutschland erhalten, den übrigen deutschen Staaten die Vereini-

14 Geheimerlass an Werther, Wien, 7. Mai 1866, in: BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 5 (wie Anm. 2) S. 486 f. Gablenz hatte nach dem ersten Gespräch mit Bismarck *die feste Überzeugung, daß Graf Bismarck den Krieg mit Österreich nicht will, sondern nur gezwungen hineingeht, daß er lieber mit Österreich als gezwungen allein die Bundesreform durchzuführen wünscht.* Brief an Werther, Wien, 1. Mai 1866, zit. bei LATRILLE, Zur Sendung des Freiherrn Anton von Gablenz, in: Deutsches Wochenblatt 11 (1890) S. 438–441, das Zitat S. 439.

gung unter sich gestattet sein. Für sich selbst begehre er nichts¹⁵. Goltz befriedigte diese Mitteilungen, Bismarck beunruhigten sie eher. Seine Vermutung, Napoleon III. wolle den Krieg bis zu einem ihm genehmen Zeitpunkt aufschieben, bekräftigte sich jetzt. An den Rand eines entsprechenden Berichtes von Goltz an König Wilhelm I. schrieb er: Der Congreß wird den Krieg aufschieben, nicht verhindern. Und wenig später. Congreß = Krieg nach östr. Rüstung und Ablauf ital. Vertrags¹⁶. Bismarck bewertete Napoleons Kongressidee nur als ein Manöver zum Zeitgewinn, um so Preußen und Italien trennen zu können und Österreich zugleich weitere Gelegenheit zur Rüstung zu geben. Das musste zur Folge haben, dass Preußen in seinen Entschlüssen gänzlich abhängig von Frankreich wurde. Mithin war klar, dass aus dem Kongress entweder nichts werden oder dass Preußen wenigstens nicht alleine stehen durfte. Aus taktischen Gründen lehnte Bismarck den Vorschlag nicht ab, sondern zögerte die Entscheidung hinaus. Er stand vor der Alternative, den Krieg so bald wie möglich, zu dem für Preußen günstigsten Zeitpunkt auszulösen oder aber mit aller Entschiedenheit einen Ausgleich mit Österreich zu suchen.

Am 10. Mai kehrte Gablenz mit günstigen Nachrichten aus Wien nach Berlin zurück. So entschied Bismarck sich für die zweite Möglichkeit, und damit bekam die Mission Gablenz in der zweiten Verhandlungsrunde einen deutlich antifranzösischen Aspekt. Zugleich erhielt der Kongress eine neue Bedeutung. Die Änderungen, die Bismarck an Gablenz' Projekt jetzt anbrachte, zielten auf die Schaffung eines für beide Partner akzeptablen Doppelbundes. So sollte es zu einer festen Vereinbarung mit Österreich kommen, auf die gestützt die beiden Großmächte mit aller Entschiedenheit auf dem Kongress auftreten könnten. Würde Napoleon III. dann die inzwischen verabredete deutsche Neuordnung nicht anerkennen, dann wäre der gesamtdeutsche Krieg gegen Frankreich die Folge gewesen. Das deutete die vorsichtige Bemerkung über den Druck der einen Million Bewaffneter und die sichere Revanche für Villafranca an. Dahinter stand die Erwägung, dass es vermutlich ohne Krieg nicht abgeben würde, denn Napoleon III. konnte sich aus innenpolitischen Gründen ein Scheitern auf dem Kongress keineswegs leisten. So führte Bismarck in dieser Besprechungsphase offenbar auch das Elsass als möglichen Gegenstand der Erörterungen in die Überlegungen ein.

Wenn er auch nur halbwegs ernsthaft an eine kommende gemeinsame Wendung gegen Frankreich dachte, dann musste er das Elsass und Lothringen fast notgedrungen in seine Kombinationen mit einbeziehen. Der Provinz kam dann nämlich eine wichtige Doppelfunktion zu. Sie hatte einmal strategischen zum anderen politischen Wert. Über die strategische Bedeutung muss nichts weiter gesagt werden. Die Ansicht, dass das Elsass seit zwei Jahrhunderten das franzö-

15 Bericht Goltz, 6. Mai 1866, in: ONCKEN, Rheinpolitik (wie Anm. 11) Bd. 1, S. 170 ff. Vgl. auch Joseph Maria VON RADOWITZ, Aufzeichnungen, hg. von Hajo HOLBORN, Stuttgart 1925, Bd. 1, S. 92 f.

16 ONCKEN, Rheinpolitik (wie Anm. 11) Bd. 1, S. 184 und S. 291.

sische Einfallstor nach Deutschland, der Schlüssel zum Reich war, kann man geradezu als Gemeinplatz im 19. Jahrhundert bezeichnen. Auch Bismarck war sie durchaus geläufig. Für den Fall eines neuerlichen Waffengangs musste versucht werden, die französischen Aufmarschpositionen entscheidend zu verschlechtern, die deutschen tunlichst zu verbessern. Das waren bei der Annexion im Jahre 1871 ja auch die tatsächlichen Motive. Das Elsass hatte daneben aber auch noch eine politische Funktion, und sie war von gleicher Wichtigkeit. Dabei ist nicht so sehr an den innenpolitischen Aspekt zu denken, dass den Deutschen die Fortdauer des Dualismus verüßt werden sollte. Höheren Rang hatte vermutlich die Überlegung, Österreich fest an Deutschland zu binden, indem man ihm Verteidigungsaufgaben im Westen übertrug. Bismarck wollte, wie er Friedjung sagte, der Donaumonarchie das Besatzungsrecht in Straßburg einräumen. Das hätte konkret die Aufreißung eines nur schwer zu überwindenden Grabens zwischen Wien und Paris bedeutet. Österreich wäre, gleichsam als Komplize, fest an Preußen gebunden gewesen und sofort in jeden künftigen Konflikt mit Frankreich hineingezogen worden. Dazu kam ein weiterer Faktor. Ein österreichisches Besatzungsrecht in Straßburg machte die unangefochtene österreichische Vorherrschaft in Süddeutschland überhaupt erst möglich. Eine mittelstaatliche Sonderpolitik in Anlehnung an Frankreich war dann undenkbar, München, Stuttgart und Karlsruhe mussten für die Wiener Wünsche aufgeschlossen sein. Die Aufgabe, Süddeutschland zu beherrschen, ohne dass man sich dabei auf Straßburg und vielleicht das Elsass hätte stützen können, hätte Wien für den Augenblick geschwächt, darin ist Clark zuzustimmen. Dass es Bismarck eben darum nicht zu tun war, dass er Österreich vielmehr stärken wollte, ergibt sich deshalb gerade aus der Absicht, ihm Straßburg zuzuweisen. Im Besitze dieser Festung war Österreich die unangefochtene Vormacht südlich des Mains. Die Teilung Deutschlands in zwei Hemisphären, wie sie Bismarck schon kurz nach Beginn seiner Amtszeit als *Modus vivendi* der beiden deutschen Großmächte dem österreichischen Gesandten in Berlin Graf Karolyi skizziert hatte und wie er sie seit 1849 für sinnvoll hielt, wäre unwiderruflich vollzogen gewesen¹⁷. Dass jede der beiden Großmächte in ihrer Hemisphäre weitgehend freie Hand erhalten sollte, verstand sich für Bismarck von selbst. Sein von Anfang an angesteuertes Ziel war es, Preußen die nötige Atemluft im Norden zu verschaffen. Als Gegenleistung für Österreichs Zustimmung war er bereit, ihm dieselbe Bewegungsfreiheit im Süden zu geben.

Friedjung gegenüber gestand Bismarck das auch zu, indem er sagte, eine derartige Entwicklung wäre natürlich nicht ohne Souveränitätsminderung Bayerns abgegangen, und gerade deshalb hätten beide Seiten sich bemüht, von den Erörterungen nichts an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, sondern die Sache als ein *Pudendum* behandelt.

17 Bericht Karolyi, 5. Dezember 1862, *SRBIK*, Quellen (wie Anm. 4) Bd. 2, S. 614 ff. Vgl. Die auswärtige Politik Preußens 1858–1871. Diplomatische Aktenstücke, hg. von der Historischen Reichskommission, Oldenburg 1932–1945, Abt. II 1862–1866, Bd. 3, S. 99 ff.; *BISMARCK*, Gesammelte Werke, Bd. 7 (wie Anm. 2) S. 69 ff.

Vielleicht ist in diesen Erwägungen der Grund dafür zu sehen, dass Bismarck sich so lange über das Elsass-Projekt ausschwig und dies dann mit aller Deutlichkeit herausstrich. Solange Bayern noch ein völkerrechtlich souveräner Staat war, wäre es unklug gewesen, diese Motivation durchblicken zu lassen, und auch nach der Reichsgründung war es zweifellos geschickter, zunächst noch die Zeit der Eingewöhnung in die neuen Verhältnisse abzuwarten¹⁸.

In seiner Darstellung der Bemühungen um die Schaffung der deutschen Einheit hielt der Berliner Historiker Erich Marcks 1943 die ganze Aktion für fragwürdig, weil er sich nicht erklären konnte, warum Bismarck sich dieses Spinnennetzes von Beziehungen, dieser Heimlichtuerei bedient haben sollte, wenn der Ausgleich doch auf direktem Wege viel schneller zu erreichen war. Ob es sich tatsächlich so verhielt, bleibe offen; dazu war die Situation zwischen den beiden deutschen Großmächten wohl doch schon zu verkrampft. Im Übrigen hat Bismarck auf diesen Einwand selbst eine Antwort gegeben. In seinem Runderlass an die Botschafter und Gesandten an den großen Höfen vom 4. Juni 1866 schrieb er, die Erfahrung habe ihn gelehrt, *daß eine wirkliche Verständigung nicht durch den Austausch von Aktenstücken, welche unmittelbar in die Öffentlichkeit zu gelangen pflegen, gefördert wird*. Es sei aber gerade *der ernste Wunsch der königlichen Regierung gewesen, dem Wiener Kabinett noch die Möglichkeit zu einer Anknüpfung darzubieten und offenzuhalten*¹⁹. Angesichts der erregten Stimmung in den beiden Ländern war eine solche Überlegung sicher richtig. Kam man mit inoffiziellen Besprechungen voran, so war ein wesentlicher Schritt getan, und da Preußen die Frontstellung gegenüber Österreich während der Dauer der Mission Gablenz milderte, hätten sich weitere Schritte mit guter Aussicht auf Erfolg anschließen können.

Ergaben die inoffiziellen Erörterungen dagegen nichts, so war immerhin nichts verloren. Zeigte Wien Interesse, sollte Gablenz als Friedenstaube fliegen, verhielt es sich kühl, wollte Bismarck ihn desavouieren. Dazu kam mutmaßlich noch ein weiteres Motiv, über das sich Bismarck allerdings nicht aussprach. Sollte es tatsächlich zu einer plötzlichen Wendung gegen Frankreich kommen, dann mussten die einleitenden Verhandlungen in der Tat in höchster Vertraulichkeit geführt werden, tunlichst auf privater Basis und ohne schriftliche Fixierung gerade dieses Teils der Gespräche. Damit war der Gefahr vorgebeugt, dass der Gegenseite im Falle eines Scheiterns belastendes Material verblieb, und damit war für den Fall einer Übereinkunft zugleich das Überraschungsmoment so lange wie möglich gewahrt und die Chance eines Sieges erhöht. Vielleicht ließ Gablenz zu diesem Punkt der Besprechungen die Katze nur eben aus dem Sack blicken,

18 Konzept eines Erlasses an Goltz, 9. Juli 1866, BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 6 (wie Anm. 2) S. 43 ff. Die Bemerkung von Marcks in: DERS., Der Aufstieg des Reiches. Deutsche Geschichte von 1807–1871/78, Bd. 2, Stuttgart 1943, S. 172 f.

19 Runderlass an Goltz/Paris, Bernstorff/London, Usedom/Florenz, Redern/St. Petersburg, Reuß/München und Savigny/Frankfurt, 4. Juni 1866, BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 5 (wie Anm. 2) S. 524 ff.

um jede mögliche Kompromittierung zu vermeiden und erst nach der Reaktion seines Gegenübers zu entscheiden, ob darüber weiter gesprochen werden sollte. Bismarck wusste, dass er mit diesem Vorschlag an die österreichische Anregung von 1859 anknüpfte. Er konnte dafür in Wien also auf ein gewisses Interesse rechnen. Das spricht dafür, dass er einen Erfolg nicht ausschloss. Ein enges Bündnis zweier fester Blöcke, die Herstellung eines Doppelbundes bei gleichzeitiger Verdrängung Napoleons III. aus der Schiedsrichterrolle in Europa schien ihm noch unmittelbar vor Ausbruch des Krieges eine akzeptable Lösung zu sein.

Dass Bismarck die Verhandlungen nur führen ließ, um Österreich bei den Mittelstaaten zu kompromittieren, ist nicht recht glaubwürdig zu machen. Diese These stützt sich auf ein Telegramm des österreichischen Gesandten in Dresden Freiherrn von Werner vom 15. Mai²⁰. Werners Informationen waren indessen nur lückenhaft, auch hatte er, wie seine Berichte zeigen, kein Interesse daran, Nachrichten über Vermittlungsaktionen besonders zu unterstreichen. Er wirkte weder in Wien noch in Dresden mäßigend. Auch lässt sich kein rechtes Motiv für die von Werner referierte Haltung Bismarcks sehen. Hätte Bismarck tatsächlich geäußert, zu wem auch immer, die Verhandlungen fänden nur statt, um Österreich bei den Mittelstaaten zu kompromittieren, so wäre das zu diesem Termin, da gerade die erste Phase des Gedankenaustausches abgeschlossen war, höchst ungeschickt gewesen, denn damit hätte er sein Ziel aufgedeckt, ehe es erreicht war. Zudem stünde eine solche Bemerkung in erheblichem Widerspruch zu seiner sonstigen Haltung in der ersten Maihälfte. Gablenz' Vermittlung scheiterte weniger an Bismarck, weil er das Projekt kontinuierlich verschlechtert hätte, sondern eher an den auf Krieg drängenden Kreisen in Wien. Am 25. Mai hatte Gablenz eine lange Unterredung mit dem Kaiser. Franz Joseph bedauerte, dass die Vorschläge um sechs oder acht Wochen verspätet kämen, und vermutete dahinter eine bestimmte Absicht Bismarcks, dies wohl eine Wirkung des Werner-schen Telegramms vom 15. Mai. Am 26. Mai besprach der Kaiser die Frage nochmals mit Mensdorff, Esterházy und Belcredi und kam zu dem Schluss, dass die Sache nur dann weiterzuführen sei, wenn es Gablenz gelinge, Bayern oder Sachsen von dem Wert der Vorschläge zu überzeugen²¹. Zwei Tage später sprach Mensdorff die offizielle Absage aus.

20 *Ein vertraulicher Bericht des Gr. Hohenthal von gestern, den ich einsah, spricht von Verhandlungen, die insgeheim zwischen Österreich und Preußen in der Herzogtümerfrage gepflogen würden; Gr(a)ß Bismarck, darüber gefragt, soll geäußert haben, sie fänden nur statt, um Österreich gegenüber den Mittelstaaten zu kompromittieren [...]*, SRBIK, Quellen (wie Anm. 4) Bd. 5, Nr. 2716, S. 679.

21 In Bayern hätte die Wendung nach Westen einige Resonanz gefunden, vgl. Privatschreiben des Grafen Blome an den Grafen Mensdorff, 20. Mai 1866, SRBIK, Quellen (wie Anm. 4) Bd. 5, Nr. 2760, S. 723 ff.: *Ja, wenn Pfordten recht hätte! Er meint: Verständigung mit Preußen, Aufnahme Schleswigs in den Bund, dadurch Provokation Frankreichs und dann Krieg gegen Napoleon am Rhein und in Italien. Ja, freilich, das wäre schön und das wäre auch in Deutschland populär [...]*.

Man erwartete in Wien, den bevorstehenden Krieg erfolgreich führen zu können. Der Sieg sollte Österreich eine hohe Kriegsentschädigung bringen und damit die marode Finanzsituation der Donaumonarchie erheblich verbessern, und es sollten die territorialen Verhältnisse in Deutschland gründlich verändert und Preußen damit nachhaltig geschwächt werden. Schlesien sollte wieder an Österreich fallen, Sachsen vergrößert und auch am Rhein eine umfassende Neuordnung vorgenommen werden. In diesem Sinne ließ Mensdorff seit Ende April den österreichischen Botschafter in Paris wirken. Nach langen Verhandlungen schloss Mensdorff am 12. Juni mit dem französischen Botschafter in Wien, Gramont, einen Geheimvertrag, demzufolge Frankreich seine Neutralität zusagte, größere territoriale Veränderungen in Deutschland nur mit Zustimmung Frankreichs erfolgen und Venetien an Frankreich gehen sollte, das es dann Italien überlassen würde. Die kommenden Gebietsveränderungen wurden mündlich abgesprochen. Dabei wurde gesagt, dass aus dem Rheinland ein neuer unabhängiger deutscher Staat gebildet werden sollte. Mit Schlesien und dem Rheinland hätte Preußen im Falle einer Niederlage seine wichtigsten Provinzen verloren.

Der Krieg begann am 16. Juni ohne förmliche Kriegserklärung. Nach dem preußischen Sieg bei Königgrätz am 3. Juli begann die zweite Phase der französischen Pressionen. Schon am 4. Juli teilte Napoleon III. König Wilhelm I. telegraphisch mit, dass er sich gezwungen sehe, aus seiner bisherigen völligen Zurückhaltung herauszutreten, und dass der Kaiser von Österreich bereit sei, seine Vermittlung zu Beendigung des Konflikts anzunehmen. Da nicht abzusehen war, wie Napoleon III. reagieren würde, wenn man ihm ein glattes Nein entgegensetzte, nahm Bismarck die Vermittlung vorbehaltlich der Zustimmung Italiens an. Er ließ gleichzeitig den Diplomaten Prinz Heinrich Reuß, der sich im preußischen Hauptquartier aufhielt, nach Paris reisen, damit er dort deutlich zu verstehen gebe, dass Bismarck die ganze deutsche Nation gegen Napoleon III. aufrufen werde, wenn er beabsichtige, Preußen entgegenzutreten. Ansprüche auf deutsches Gebiet sollte Reuß mit aller Entschiedenheit zurückweisen²². Damit begann das zweigleisige Spiel zwischen Konzilianz und massiver Drohung, das die nächsten Wochen erfüllte. Als sich Mitte Juli abzuzeichnen schien, dass die französische Mediation für Preußen ein ungünstigeres Ergebnis zeitigen würde als Bismarck erwartete, da Goltz über seine Weisungen hinausgehende Konzessionen machte²³, entschloss sich Bismarck, einen zweiten Weg zu beschreiten, um unter Umständen der französischen Vermittlung ganz ledig zu werden. Er kam dazu auf seine Erwägungen vom Mai zurück. Über Karl Giskra, Advokat in Brünn, schlug er vor, dass Österreich nur Venetien abtreten solle, dass es keine Kriegsentschädigung zahlen müsse, dass Preußen den Main politisch nicht über-

22 Otto Graf zu STOLBERG-WERNIGERODE, Robert Heinrich Graf von der Goltz, Botschafter in Paris 1863–1869, Oldenburg 1941, S. 219 ff.

23 Ebd., S. 223 ff.; Herbert GEUSS, Bismarck und Napoleon III., Köln 1959, S. 188 ff.

schreiten, Süddeutschland also für seine künftige Gestaltung freie Hand behalten werde und Österreich sich nach Belieben mit ihm ins Benehmen setzen könne, vorausgesetzt, dass jede französische Einmischung ausgeschlossen bleibe. Mit diesem Angebot ließ Giskra den Brünner Handelskammerpräsidenten von Herring nach Wien reisen. Die Anregung blieb ohne Resultat, weil Frankreich in der Folge eine größere Konzessionsbereitschaft zeigte. So brauchte Bismarck diesen riskanten Weg einer Brüskierung Napoleons III. nicht zu gehen, ein Weg, an dessen Ende zweifellos der Krieg gestanden hätte. Zwar musste man diesen Krieg in Preußen nicht unbedingt scheuen. Nach allen Mitteilungen, die man über die militärische Bereitschaft Frankreichs hatte, wusste man, dass es derzeit nicht kriegsbereit war, aber das schloss nicht aus, dass Napoleon III. die Flucht nach vorn ergriff und sich zur Rettung seines Thrones in ein ungewisses Abenteuer stürzte. So beschäftigte sich der Generalstab ab Mitte Juli mit Planungen für einen Westfeldzug. Es ist anzunehmen, dass Generalstabschef Moltke auch diesmal, wie schon 1859, das Elsass in seine Überlegungen einbezog. Sicher ist, dass Bismarck die Reuß mit auf den Weg gegebene Ankündigung wahr gemacht hätte, das deutsche Nationalgefühl gegen Frankreich zu entbinden, und dass er versucht hätte, auch Österreich in diese Front einzubeziehen.

Die beiden Möglichkeiten, seine Politik entweder gegen Österreich mit Duldung Frankreichs oder aber gemeinsam mit Österreich in scharfer Wendung gegen Frankreich zu machen, wog er auch im August gegeneinander ab. Am 26. Juli verlangte der französische Botschafter Benedetti als Gegenleistung für die preußischen Annexionen in Norddeutschland die Grenze von 1814 und Luxemburg. Bismarck antwortete ausweichend, und Benedetti zeigte sich geneigt, noch einige Tage zu warten, inzwischen wolle er aus Paris als Grundlage der dann zu führenden Verhandlungen einen Konventionsentwurf anfordern²⁴. Als er diesen Entwurf, demzufolge die linksrheinischen Teile Bayerns und Hessens an Frankreich gehen sollten und Bayern dafür mit Salzburg und Tirol entschädigt werden sollte, am 5. August überreichte, kam es zu einem harten Zusammenstoß. Benedetti, bis dahin hinsichtlich der Grenzfrage optimistisch, war völlig überrascht, dass Bismarck sich so widerspenstig zeigte²⁵. Nach dem Zeugnis des Vortragenden Rates im Außenministerium Robert von Keudell ant-

24 Benedetti an Drouyn de Lhuys, 26. Juli 1866, in: *Les Origines Diplomatiques de la Guerre de 1870–71*, 29 Bde., Paris 1910–1932, Nr. 3159, Bd. 11, S. 219 ff.; ONCKEN, *Rheinpolitik* (wie Anm. 11) Bd. 2, S. 4 ff.

25 Der Entwurf vom 29. Juli 1866 bei ONCKEN, *Rheinpolitik* (wie Anm. 11) Bd. 2, S. 21, vgl. auch *Origines* (wie Anm. 24) Nr. 3297, Bd. 11, S. 283. Preußen sollte danach 1. Frankreich die Grenzen von 1814 einräumen, 2. von Bayern und Hessen die Abtretung ihrer linksrheinischen Gebiete erwirken, 3. auf sein Garnisonsrecht in Luxemburg verzichten und die Verbindung von Luxemburg und Limburg mit dem Deutschen Bund lösen. Schon früher hatte Benedetti in den Unterredungen deutlich gemacht, dass der König der Niederlande als Großherzog von Luxemburg anderweitig entschädigt werden sollte, am besten mit Ostfriesland, vgl. die Anmerkungen zu Benedettis Bericht vom 26. Juli 1866, ONCKEN, *Rheinpolitik* (wie Anm. 11) Bd. 2, S. 4 ff.

wortete Bismarck Benedetti, dass Preußen gemeinsam mit Österreich an die deutsche Nation appellieren, über den Rhein marschieren und Frankreich das Elsass abnehmen werde, falls Paris auf diesen Forderungen beharre²⁶. Nach der Auffassung Lipgens' zeigte diese Äußerung, dass für Bismarck mit der Eventualität eines deutsch-französischen Krieges „ganz selbstverständlich“ die Frage nach Landerwerb gestellt gewesen sei und dass Bismarck im Sinne des „lieber Revolution machen als erleiden“ gesprochen habe²⁷. Dem ist zuzustimmen. Es entsprach nüchterner Berechnung, dass Bismarck Benedetti das Elsass als Preis des Kampfes nannte. Sollte es entgegen der Absicht, die ihn diese Drohung hatte aussprechen lassen, doch zum Kriege kommen, so konnte er sich der Tatsache ziemlich sicher sein, dass dieses Objekt die Bereitschaft zur Wendung, gegen Westen in Deutschland erheblich steigern würde. Die von ihm 1859 belächelten poetischen und prosaischen Ergüsse über das Elsass waren noch unvergessen. Eine solche Stimmung ließ sich einsetzen, um den Graben zwischen Nord und Süd zu überbrücken. Auch war das Elsass ein Gebiet, das man in Frankreich mit besonderen Augen sah²⁸. Musste Napoleon III. damit rechnen, das Kernstück der französischen Ostgrenze zu verlieren, dann musste das seine Überlegungen

26 BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 7 (wie Anm. 2) S. 148 f. Die Bemerkung ist erstmals ausführlich zitiert bei SYBEL, Begründung (wie Anm. 9) Bd. 5, S. 279. Vgl. auch den Bericht des französischen Journalisten Vilbort, in: BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 7, S. 149 f. Benedetti verharmloste den Vorgang in seinem Bericht vom 8. August 1866 völlig. Danach hat Bismarck nur *essayé de nouveau de me prouver que la Prusse ne aurait, à aucun prix, ni dans aucune éventualité, en faire la remise* von Mainz an Frankreich, Origines Diplomatiques (wie Anm. 24) Nr. 3337, Bd. XII, S. 23. Die erste eingehende Darstellung des Vorgangs erschien in Frankreich erst 30 Jahre später, bei Emile OLLIVIER, L'Empire libéral, Paris 1894 ff. Bd. VIII, S. 546–548. Ollivier referiert das Gespräch ohne Quellenangabe wie folgt: *Mais, si vous persistiez dans vos prétentions, nous emploierions contre vous tous les moyens: ne vous faites à cet égard aucune illusions. Non seulement nous ferions appel à la nation allemande tout entière, mais nous conclurions immédiatement la paix avec l'Autriche à tout prix: nous lui laisserions tout le Sud, nous accepterions même la Diète, et alors nous marcherions avec huit cent mille hommes sur le Rhin, et nous vous prendrions l'Alsace. Nos deux armées sont mobilisés, la vôtre ne l'est pas. – Comment! s' écria Benedetti, vous pensez que l'Autriche conclurait la paix avec vous? Je n'en doute pas. Avant la guerre, nous avions déjà négocié cela.* Das sind im Wesentlichen die bei Sybel veröffentlichten Mitteilungen Keudells; Sybels Buch war kurz vorher erschienen. Ferner dürfte Ollivier sich noch auf Mitteilungen Vilborts und des italienischen Generals Govone gestützt haben, der am 10. August 1866 von König Wilhelm I. und Bismarck empfangen worden war. Mündlich hatte Benedetti dem Kaiser ausführlicher berichtet. Danach war Napoleon III., klar *que nous aurions toute l'Allemagne contre nous pour un très petit bénéfice*, Napoleon III. an Innenminister La Valette, 12. August 1866, mit der Bitte abzuwiegeln, Origines Diplomatiques (wie Anm. 24) Nr. 3385, Bd. 12., S. 70. Ab *à tout prix* bringt der Text Bismarck wörtlich.

27 LIPGENS, Bismarck (wie Anm. 1) S. 51 f.

28 Vgl. dazu Rudolf BUCHNER, Die deutsch-französische Tragödie 1848–1864. Politische Beziehungen und psychologisches Verhältnis, Würzburg 1965, S. 177 f. Vgl. auch DERS., Die elsässische Frage und das deutsch-französische Verhältnis im 19. Jahrhundert, in: Ein Leben aus freier Mitte. Festschrift für Ulrich Noack, Göttingen 1961, S. 57–109, separat Darmstadt 1969.

ganz erheblich beeinflussen und ihn zum Zurückweichen veranlassen. Bismarck fuhr schwerstes Geschütz auf. Da die preußische Armee noch gegen Österreich im Felde stand, konnte er den Krieg nicht wünschen, aber er wollte ihn, wenn Napoleon III. nicht zurückwich, doch annehmen. Deshalb die drohende Sprache und die wiederholten Warnungen an den französischen Kaiser, und deshalb auch die unmittelbare Einleitung von Kriegsvorbereitungen. Am 7. August erhielt der Militärattaché in Paris, Walter von Loë, der im Begriff war, dorthin zurückzukehren, von König Wilhelm I. den Auftrag, dem Grafen Goltz die Ablehnung der Forderungen nochmals mündlich zu überbringen. *Es wird mir schwer*, führte der König aus, *meinem Volke, nachdem der erste Krieg so große Opfer gefordert, sofort einen zweiten, mindestens ebenso blutigen aufzuerlegen – aber ich kann nicht anders [...]. Wenn der Kaiser also jetzt Mainz fordert, so muß er zum Kriege fest entschlossen sein*²⁹. Entsprechend beauftragte Bismarck Joseph Maria von Radowitz, der an der preußischen Gesandtschaft in Paris tätig war und sich gerade in Berlin aufhielt, Goltz zu den schriftlichen Instruktionen, die er schon erhalten hatte, nochmals mündlich auszurichten, dass Preußen keinesfalls auf die französischen Abtretungsverlangen einginge: *wir würden eventuell vom Leder ziehen, Allianz machen, wo wir sie fänden, mit Österreich Verständigung suchen [...]*³⁰. Werther wurde angewiesen, sich möglichst Klarheit über die Absichten Österreichs zu verschaffen, und Edwin von Manteuffel, der sich zur Zeit zu einer Sondermission in St. Petersburg aufhielt, sollte Russland Hoffnungen auf die Aufhebung der Schwarzmeer-Klauseln machen, falls es zu einem Konflikt mit Frankreich käme³¹. Für England war Bismarck zuversichtlich. Er konnte fest damit rechnen, dass London den Status quo in Belgien sorgfältig bewachen würde, und zudem hatte er guten Grund zu der Annahme, dass die britische Regierung sich im Konfliktfalle schließlich auf die Seite Preußens stellen würde³².

29 Walter Friedrich Karl Freiherr von LOË Erinnerungen aus meinem Berufsleben, Berlin 1906, S. 120 f.

30 RADOWITZ, Aufzeichnungen (wie Anm. 15) S. 111 f., Tagebuch zum 9. August 1866.

31 Bismarck an Manteuffel, 9. August 1866, in: BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 6 (wie Anm. 2) S. 114 f.; Bismarck an Werther, 10. August 1866, ebd., S. 119 f.: [...] *wenn sich der rasche und sichere Abschluß mit Österreich in der Art erreichen läßt, daß wir unsere gesamte Armee zur Verfügung auf einem anderen Kriegsschauplatz haben, ohne daß wir unsere Beziehungen zu Italien zum Opfer bringen, so sind wir zu einem solchen Abschluß bereit.*

32 Gerhard BRÜNS, England und der deutsche Krieg 1866, Berlin 1933, S. 186 ff. Schon am 8. August, als die französischen Forderungen in London eben bekannt geworden waren, bekundete man hier sehr deutlich die Sympathie für Preußen. Am 10. August fasste die englische Regierung den Beschluss, bei Napoleon III. offiziell eine Zusicherung über die belgischen Grenzen einholen zu lassen. Am 14. August erhielt der britische Botschafter in Paris die schriftliche Erklärung, Frankreich denke nicht daran, von Belgien die Grenze von 1814 zu verlangen. Wenn Bismarck amtlich auch nicht auf England hatte einwirken lassen, so waren seine Bemerkungen zu dem Korrespondenten des *Siècle*, Vilbort, von diesem am 10. August veröffentlicht, doch darauf berechnet, in England Aufmerksamkeit zu erregen.

Mit den mehrfachen Ermahnungen zur Festigkeit an Goltz war klargestellt, dass er sich nicht wieder wie im Juli allzu konzessionsfreudig zeigen würde. Die Ablehnung der französischen Maximalforderungen war unmissverständlich ausgedrückt. Die Entscheidung über Krieg und Frieden lag nun bei Napoleon III. Bismarck rechnete allerdings nicht unmittelbar mit dem Krieg; wahrscheinlicher erschien ihm eine Periode der diplomatischen Abkühlung *und der Erschwerung oder Verhinderung der Früchte unseres Sieges*, solange jedenfalls, wie Napoleon III. Österreichs nicht sicher sein konnte. In dieser Einschätzung stimmte ihm Moltke zu. Da Teile der französischen Armee immer noch in Algerien, Mexiko und Rom gebunden waren, war es nach den Berichten Loës ausgeschlossen, dass Frankreich starke Kräfte am Rhein konzentrieren konnte. Man schätzte die Zahl der innerhalb von vier Wochen zwischen Straßburg und Metz verfügbaren Truppen auf 250.000 Mann. Moltke meinte deshalb, dass Preußen ohne weiteres einen Zweifrontenkrieg bestehen könne. Auf jeden Fall war die preußische Armee selbst bei Belassung eines stärkeren Beobachtungskorps in Böhmen gegen Frankreich ausreichend³³. Alle für den Krieg notwendigen Vorbereitungen wurden getroffen, die Transportwege berechnet. Auf dem Höhepunkt der Krise, am 11. August, wurde die Anordnung des Kriegsministeriums publiziert, dass die Rekrutierung der zweiten Reserve mit der größtmöglichen Geschwindigkeit vonstatten gehen solle³⁴. Das Fehlen von Seestreitkräften meinte Bismarck damit kompensieren zu können, dass er die amerikanische Flotte mietete³⁵.

All das entsprang nicht dem Wunsch, einen Krieg zu provozieren. Preußen rüstete *auf alle Fälle*³⁶. Natürlich informierten die französischen Diplomaten in Deutschland Paris eingehend über die Entwicklung. Das und die drohende Sprache Preußens hatte binnen kurzem den erhofften Erfolg. Schon am 11. August ließ Napoleon III. Bismarck durch Goltz wissen, dass ein Missverständnis

33 Bismarck an Goltz, 8. August 1866, in: BISMARCK, Gesammelte Werke Bd. 6 (wie Anm. 2) S. 111–113; ONCKEN, Rheinpolitik (wie Anm. 11) Bd. 2, S. 36; Denkschrift Moltkes vom 8. August 1866, in: Helmuth Graf von MOLTKE, Werke. 1. Abt. Militärische Korrespondenz, Bd. 2, Berlin 1892, S. 346 ff.; Freiherr von LOË, Erinnerungen (wie Anm. 29) S. 122 ff. Auch Loë war der Ansicht, dass die Krise wegen der Schwäche Frankreichs ohne Krieg vorübergehen werde; RADOWITZ, Aufzeichnungen (wie Anm. 15) Bd. 1, S. 113 ff., Brief an den Legationssekretär Keyserling in St. Petersburg, 26. August 1866.

34 Preuß. Staatsanzeiger, 11. August 1866; Origines Diplomatiques (wie Anm. 24) Nr. 3377, Bd. 12, S. 60 f.

35 RADOWITZ, Aufzeichnungen (wie Anm. 15) S. 119. Interessanterweise kam Bismarck vier Jahre später auf diesen Gedanken zurück. Am 12. Juli 1870 ließ er den preußischen Geschäftsträger in Washington, von Gerolt, anweisen, er möge anfragen, ob Preußen im Ernstfall mit den maritimen Verteidigungsmitteln Amerikas rechnen könne, BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 6b (wie Anm. 2) S. 356.

36 Telegramm Bismarcks an Goltz, 10. August 1866, BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 6 (wie Anm. 2) S. 116; ONCKEN, Rheinpolitik (wie Anm. 11) Bd. 2, S. 46 f., der zitierte Satz diente nur der persönlichen Information Goltz'.

vorliege. Der Konventionsentwurf habe nichts Anderes sein sollen als der wohl ohne Zweifel schlecht dargestellte und mindestens mit Blick auf Mainz zu übertriebene Ausdruck der vertraulichen Besprechungen zwischen Bismarck und Benedetti. Die Ablehnung eines Vorschlags, von dem man irrigerweise angenommen habe, er entspreche den deutschen Wünschen, dürfe die beiderseitigen Beziehungen nicht trüben³⁷. Napoleon III. desavouierte also seinen Außenminister und Benedetti. Drouyn de Lhuys reichte am folgenden Tag seinen Rücktritt ein, nicht ohne zuzugeben, dass er ebenso wie Benedetti mit der Enthaltensamkeit des Kaisers unzufrieden sei³⁸.

Am 12. August war somit die unmittelbare Kriegsgefahr vorüber. Aber in Berlin blieb man skeptisch und behielt die Eventualität eines Krieges angesichts des auf den Erwerb von Landau, Saarbrücken und Saarlouis gerichteten Strebens des einflussreichen Staatsministers Eugene Rouher nach wie vor im Auge. Als Goltz zwischen dem 1. und dem 9. September in Berlin auf eine Vereinbarung mit Frankreich wenigstens über Belgien hinwirkte, erklärten Bismarck wie der König, Preußen habe gar keinen Grund, Frankreich irgendetwas zu geben; wenn es sein müsste, *würden wir den Krieg, der dann sehr populär wäre, nicht scheuen*³⁹. Über den Fortgang der Kompensationsfrage bis hin zur luxemburgischen Krise des Frühjahrs 1867, die nochmals an den Rand eines Krieges führte, ist hier nicht mehr zu reden. In all diesen Monaten nahm die deutsche öffentliche Meinung eine sehr entschiedene Haltung ein. Die nationale Erhebung, auf die Bismarck im Notfall rechnete, wäre zweifellos leicht zu entfesseln gewesen. Schon im Juni hatte Joseph Edmund Jörg in seiner sehr einflussreichen Zeitschrift ‚Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland‘ gehofft, dass die streitenden Parteien sich gegen eine Einmischung Frankreichs vereinbaren und den unberufenen Eindringling gebührend zurückweisen würden. Er hatte allerdings an einen solchen Entschluss nicht so recht glauben mögen, da noch niemandem der Gedanke gekommen sei, *ob es denn nicht gescheiter sei, anstatt sich selber zu zerfleischen und die Hälse zu brechen, diese unwiderstehliche Macht nach dem Westen hin gegen die ewigen Bedrohungen Frankreichs abzucommandieren und das kerndeutsche Elsaß mit Lothringen wieder heimzuholen?*⁴⁰ Am 11. August schrieb die Weimarer Zeitung, der Gedanke eines Krieges mit Frankreich genieße große Popularität und sei vielleicht das erfolgreichste Mittel zur Gründung des Deutschen Reiches. Damit drückte sie eine keineswegs vereinzelte Ansicht aus. Der französische Gesandte in Weimar berichtete darüber einige Tage später nach Paris und fügte an, dass nach Meinung

37 Telegramm Goltz' an Bismarck, 11. August 1866, Bericht Goltz' an Bismarck, 12. August 1866, ONCKEN, Rheinpolitik (wie Anm. 11) Bd. 2, S. 51 und S. 55–62.

38 RADOWITZ, Aufzeichnungen (wie Anm. 15) Bd. 1, S. 112.

39 Ebd., S. 119; vgl. STOLBERG-WERNIGERODE, Goltz (wie Anm. 22) S. 251 ff.

40 Joseph Edmund JÖRG, Zeitläufe in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland, Bd. 58, S. 53 ff., Zitat S. 56, Juli 1866.

des weimarischen Ministers von Watzdorff ganz Deutschland sich in der Ablehnung der französischen Forderungen einig sei⁴¹. Diese Einschätzung der Lage traf unbestreitbar zu.

Bei aller Bereitschaft zu einem positiven Verhältnis mit Frankreich und bei aller Neigung, Napoleon III. so wenig Schwierigkeiten wie möglich zu machen, um ihn so innenpolitisch zu stützen, war es für Bismarck unmöglich, ihm irgendeine Konzession auf Kosten Deutschlands zu machen. Die Entfesselung der nationalen Stimmung, von der er mehrmals gesprochen hatte, hätte sich dann gegen ihn gewandt und Preußen wäre in Deutschland kompromittiert worden. Dass die französischen Kompensationswünsche seit Königgrätz darauf gerichtet sein könnten, Preußen zum Anschluss an Frankreich zu bringen, fürchtete Bismarck seit dem Juli 1866. Das Vorgehen Frankreichs nährte in ihm ein beträchtliches Misstrauen. Er fragte sich, ob Frankreich nicht darauf ausging, Preußen zu isolieren, um dann zu gegebener Zeit sich ihm allein gegenüber zu finden und ihm das Gesetz vorschreiben oder es zu einem Kampf unter ungünstigen Voraussetzungen zwingen zu können⁴². Als die Kompensationsfrage sich im März und April 1867 um Luxemburg kritisch zuspitzte, lauschte er ängstlich auf die Meinung der Öffentlichkeit. An den Gesandten Albrecht Graf von Bernstorff in London schrieb er, Preußen müsse eher den Krieg riskieren als sich von der nationalen Stimmung loszusagen und die Achtung der Nation zu verlieren. Den bayerischen Ministerpräsidenten Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst ließ er wissen, nach dem Stand der Dinge müsse Preußen eher den Krieg wagen als nachgeben, so wenig das Objekt Luxemburg an sich einer bewaffneten Auseinandersetzung wert sei. *Die Auffassung der Sache in der Nation, deren Ehrgefühl ins Spiel gezogen, ist das Entscheidende*⁴³. Bismarck fühle sich einem starken Druck ausgesetzt, dem er Rechnung tragen zu müssen meinte. Die Abneigung, Frankreich in dieser Frage entgegenzukommen, war allgemein. Im konstituierenden Reichstag brachten die Nationalliberalen eine Interpellation zu

41 Weimarer Zeitung, 11. August 1866, zit. bei Konrad BECHSTEIN, Die öffentliche Meinung in Thüringen und die deutsche Frage 1864–1866, Teil I, in: Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Altertumskunde NF 26 (1926) S. 113; Origines Diplomatiques (wie Anm. 24) Nr. 3411, Bd. 12, S. 107 ff., 14. August 1866; vgl. das Schreiben des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an Bismarck, 9. August 1866, ONCKEN, Rheinpolitik (wie Anm. 11) Bd. 2, S. 36, Anm. 1: *Sollte Napoleon auf seinen Rheinufer-Gelüsten beharren, so haben wir allen Grund, ihm dankbar zu sein, daß er uns so rasch zur Erreichung der Vereinigung Deutschlands unter ein Oberhaupt verholfen hat. Denn wenn auch mit Widerstreben, so werden dann die Deutschen sicherlich nicht anders können, als sich dem Norddeutschen Bunde anzuschließen, [...]*.

42 Geheimerlass Bismarcks an Goltz, 19. Dezember 1866, BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 6 (wie Anm. 2) S. 201–205, bes. S. 204.

43 Bismarck an Bernstorff/London, 11. April 1867, BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 6 (wie Anm. 2) S. 349. Dem Konzept Abekens fügte Bismarck hinzu, dass die Nation die Verfügung des Auslandes über Luxemburg gerade so unannehmbar finden werde wie die über Baden. Bismarck an Werthern/München, 3. April 1867, BISMARCK, Gesammelte Werke, Bd. 6 (wie Anm. 2) S. 333.

Luxemburg ein. Die Besprechungen darüber machten deutlich, dass an die Überlassung des Landes nicht zu denken war⁴⁴. Die Zession Luxemburgs an Frankreich durch die Niederlande hätte den *casus belli* bedeutet. Einen Krieg wollte Bismarck aber nicht, so tat er alles, damit Luxemburg nicht französisch wurde. Die Krise konnte friedlich beigelegt werden.

44 Zur luxemburgischen Krise insgesamt: Kurt August SCHIERENBERG, *Die deutsch-französische Auseinandersetzung und die Luxemburger Frage*, Phil. Diss. Marburg 1933; GEUSS, Bismarck (wie Anm. 23) S. 195 ff. Zur Publizistik: Karl Georg FABER, *Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands 1866–1871. Eine kritische Bibliographie*, Düsseldorf 1963, Nr. 638–652 (im 2. Bd.). Von den dort verarbeiteten 15 Schriften und Aufsätzen sprechen sich acht eindeutig für das Verbleiben Luxemburgs bei Deutschland aus. Eine wies gleichzeitig darauf hin, dass auch Elsass und Lothringen wieder deutsch werden müssten, ebd., Nr. 649. Ähnlich auch Adolph Wagner in den *Preußischen Jahrbüchern*, ebd., Nr. 577. Die liberale Presse trat einhellig für die Zugehörigkeit Luxemburgs zu Deutschland ein. Noch 1870 wurden einige Stimmen laut, die Luxemburg wieder Deutschland anschließen wollten, die namhafteste war die des Historikers Heinrich von Treitschke, vgl. FABER, Nr. 875 und 867.